

Sondierungsergebnisse von SPD, Grünen und FDP

grün – positiv aus Sicht des Wirtschaftsrates

gelb – gemischt aus Sicht des Wirtschaftsrates; Bewertung abhängig von der Ausgestaltung

rot – kritisch aus Sicht des Wirtschaftsrates

blau – zusammenfassende Bewertung aus Sicht des Wirtschaftsrates

1. Moderner Staat und digitaler Aufbruch

- **Halbierung der Verfahrensdauer für beschleunigte Verwaltungs-, Planungs- und Genehmigungsverfahren**
- „Gesetze einem Digitalisierungsscheck unterziehen. Die digitalpolitische Strategie der Bundesregierung wird neu aufgesetzt (u.a. KI-Strategie, Datenstrategie, Blockchain-Strategie). Kompetenzen in der Bundesregierung werden neu geordnet und gebündelt.“
- „Den Gigabit-Ausbau treiben wir engagiert voran.“
- „Wir wollen dafür sorgen, dass **notwendige Investitionen (zum Beispiel in schnelles Internet oder Mobilität)** insbesondere dort angepackt werden, **wo der Nachholbedarf am größten ist.**“

WR: Auch medial sollte der Eindruck verstärkt werden, Digitalisierung sei ein Schlüsselthema der Ampelkoalition – folgerichtig ist der „digitale Aufbruch“ Kapitel 1. Leider findet sich dies im Kapitel nicht wieder. Ein Digitalisierungs-Check für Gesetze (Wie und vom wem? Mit welchem Ziel? Mit welchen Konsequenzen? Aus welchen Politikfeldern?) genauso wie Neufassungen der KI-, Daten- und Blockchain-Strategie müssen auch unter den Aspekten „quick wins“ und Best Practices bei anderen EU-Partnern diskutiert werden. Was sich in den ersten ein, zwei Jahren ganz konkret angehen lässt, bleibt als Anspruch und Zielbild offen. Dazu zählt auch und insbesondere die mögliche Gründung eines Bundesdigitalministeriums – ein erfolgskritisches Thema, das in seinen verschiedenen Ausgestaltungsmöglichkeiten bisher keine Erwähnung findet. Ein engagierter Gigabit-Ausbau (derzeit im BMVI und BMWi verankert) ist gerade angesichts der Versäumnisse der vergangenen Jahre zwingend und mit einem ambitionierten Ausbauziel inklusive verbindlicher Deadline zu versehen.

2. Klimaschutz in einer sozial-ökologischen Marktwirtschaft

- **Ausbau der Erneuerbaren Energien** durch Innovation und Technologieoffenheit **beschleunigen**
- Weiterentwicklung des Klimaschutzgesetzes im Jahr 2022
- **Planungs- und Genehmigungsverfahren** werden erheblich **beschleunigt**
- **Generelle Verpflichtung zur Nutzung von Solarenergie für gewerbliche Neubauten**
- Erhöhung der Landesfläche für Windkraft auf zwei Prozent
- **Ausstieg aus der Kohleverstromung 2030**
- Beim Bau von Gaskraftwerken muss darauf geachtet werden, dass die auf klimaneutrale Gase umgestellt werden können (H2-ready)
- **Abschaffung der EEG-Umlage**

WR: Das Ziel, den Ausbau der Erneuerbaren Energien zu beschleunigen und dabei gezielt auf Innovationen und Technologieoffenheit zu setzen, ist zu begrüßen. Wichtig ist dabei, den Ausbau der Erneuerbaren Energien mit dem Ausbau der Netzinfrastruktur zu synchronisieren. Nur dann können die Erneuerbaren einen Beitrag zur Versorgungssicherheit und zur

Netzstabilität leisten. Besonders die geplante Beschleunigung der Planungs- und Genehmigungsverfahren ist hier positiv hervorzuheben. Auch die Abschaffung der EEG-Umlage ist zu begrüßen. Für den Mobilitätssektor ist positiv zu erwähnen, dass durch die Verwendung von E-Fuels auch in Zukunft die Zulassung und Nutzung von Verbrennermotoren möglich ist. Kritik muss an der geplanten Regelung für gewerbliche Neubauten geäußert werden. Die effiziente Nutzung von Solarenergie ist nicht an jedem Standort möglich und führt für Unternehmen zu erheblichen Mehrkosten. Ebenfalls muss der Ausstieg aus der Kohleverstromung im Jahr 2030 kritisch betrachtet werden. Hohe Strompreise und mangelnde Versorgungssicherheit gefährden dem Industriestandort.

3. Respekt und Chancen in der modernen Arbeitswelt

- **Flexiblere Arbeitszeitmodelle**, aber nur im Rahmen von Tarifverträgen oder Betriebsvereinbarungen
- Politisch festgesetzte **Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns auf 12 Euro pro Stunde**
- **Anhebung der Minijob-Grenze** auf 520 Euro und Dynamisierung durch Koppelung an den gesetzlichen Mindestlohn
- **Bessere Absicherung von Solo-Selbständigen**, ohne, dass dies genauer spezifiziert wird

WR: Die politisch festgesetzte Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns auf 12 Euro je Stunde ist ein eklatanter Verstoß gegen die Tarifautonomie wie die Soziale Marktwirtschaft insgesamt. Leidtragende werden die Beschäftigten sein, die ihre Stellen verlieren, ebenso die Arbeitslosen, denen der Sprung in Arbeit erheblich erschwert wird. Ansätze für flexiblere Arbeitszeiten bleiben in Ansätzen stecken. Letztlich fällt die Einschätzung der arbeitsmarktpolitischen Vereinbarungen damit insgesamt negativ aus.

4. Soziale Sicherheit bürgerfreundlich gestalten

- **Bekanntnis zur betrieblichen wie privaten Altersvorsorge**
- **Absage an Anhebung des gesetzlichen Renteneintrittsalters**
- Festlegung eines **Mindestrentenniveaus von 48 Prozent**
- **Einhaltung der 40-Prozent-Grenze bei den Sozialversicherungsbeiträgen wird nicht als Ziel erwähnt**
- Einstieg in eine **Kapitaldeckung in der gesetzlichen Rentenversicherung**
- Angebot eines **öffentlich verwalteten Fonds mit Abwahlmöglichkeit** soll geprüft werden, wird aber zumindest nicht verbindlich angekündigt
- **Erhöhung des Sparerpauschbetrags**, aber nur auf 1.000 Euro
- **Verbesserung der Hinzuverdienstmöglichkeiten zu Hartz IV**, um Erwerbsarbeit zu fördern
- **Stärkung und Digitalisierung des öffentlichen Gesundheitsdienstes**
- **Weiterentwicklung und Anpassung des Systems der Fallpauschalen**, wobei dies nicht konkreter ausgeführt wird
- In der Gesundheitsversorgung **Bekanntnis zu mehr sektorübergreifender Kooperation**
- **Gewinnung von mehr ausländischen Pflegekräften**
- **Erhalt von gesetzlicher und privater Kranken- und Pflegeversicherung**

WR: Die Sondierungsvereinbarungen zur Alterssicherung negieren die Herausforderungen des demografischen Wandels völlig, indem ein Mindestrentenniveau genannt und zugleich die Anhebung des gesetzlichen Renteneintrittsalters ausgeschlossen wird. Positiv ist das Bekenntnis zur betrieblichen und privaten Altersvorsorge zu werten. Es fehlen allerdings das Bekenntnis zur Riester-Rente als erfolgreichster privater Altersvorsorge weltweit sowie Reformvorschläge für die Riester-Rente. Die Vorschläge zur Stärkung der Gesundheitsversorgung zielen in die richtige Richtung. Insbesondere ist das Bekenntnis zum Erhalt der privaten Krankenversicherung positiv zu werten.

5. Chancen für Kinder, starke Familien und beste Bildung ein Leben lang

- Bisherige Leistungen sollen in einem **eigenen Kindergrundsicherungsmodell** gebündelt werden
- **Digitalisierung des Bildungswesens**

WR: Die Vorschläge in diesem Kapitel bleiben unkonkret, so dass es letztlich auf die genaue Ausgestaltung ankommt.

6. Innovation fördern und neue Wettbewerbsfähigkeit erreichen

- „Wir werden Unternehmen und Beschäftigte bestmöglich unterstützen, **Innovation fördern** und neues Zutrauen in Gründergeist, Innovation und Unternehmertum schaffen. Dazu **stärken wir die Start-Up- und Gründerförderung** und **entbürokratisieren die Innovationsförderung und -Finanzierung.**“
- „zukunftsorientierte Rahmenbedingungen für einen **wettbewerbsfähigen Mittelstand** setzen [... und eine] **qualifizierte Fachkräftestrategie**“
- „Wir bemühen uns weiter um **fairen Wettbewerb zwischen Geschäftsmodellen digitaler Großunternehmen und dem lokal verwurzelten Unternehmen.** Wir wollen die digital gestützte Wertschöpfung in Industrie, Handel, Handwerk und Dienstleistung unterstützen und dafür ein Level Playing Field herstellen.“
- „Wir wollen den **Anteil der gesamtstaatlichen Ausgaben für Forschung und Entwicklung auf 3,5 Prozent des BIP erhöhen.** Wir brauchen mehr Ausgründungen aus Forschungsinstituten.“
- Vermögensaufbau und Finanzierung von Start-ups: „Wir werden die **Mitarbeiterkapitalbeteiligung attraktiver machen, u.a. durch eine weitere Anhebung des Steuerfreibetrags.**“
- „Wir wollen **mehr privates Kapital für Transformationsprojekte aktivieren.** Dazu prüfen wir auch, welche Beiträge öffentliche Förderbanken zur Risikoabsicherung leisten können.“
- „Die **KfW soll stärker als Innovations- und Investitionsagentur wirken.** Der Zukunftsfonds für Startups ist ein gutes Beispiel dafür. Projekte wie die **Bundesagentur für Sprunginnovation** wollen wir **weiter ausbauen.**“
- „Wir streben einen **besseren Zugang zu Daten** an, insbesondere um StartUps sowie kleinen und mittelständischen Unternehmen **neue innovative Geschäftsmodelle in der Digitalisierung** zu ermöglichen.“
- „Wir wollen den **regelbasierten Freihandel auf Grundlage von fairen sozialen, ökologischen und menschenrechtlichen Standards** stärken und sprechen uns für eine deutsche und europäische Handelspolitik gegen Protektionismus und unfaire Handelspraktiken aus. Wir nutzen das europäische Wettbewerbsrecht und die Stärke des europäischen Binnenmarktes gerade mit Blick auf unfaire Wettbewerbspraktiken autoritärer Regime.“

WR: Die grundlegende Perspektive mehr „Gründergeist, Innovation und Unternehmertum“ für mehr Wettbewerbsfähigkeit ist positiv, ebenso die Entbürokratisierung der Förderung und Finanzierung von Innovationen und Start-ups. Insgesamt ist Kapitel 6 allerdings eher eine „Themensammlung“ statt ein Überblick über konkrete Maßnahmen und Schwerpunkte. Das „Wie“ muss dringend im Koalitionsvertrag konkretisiert werden: bei Strategien gegen den Fachkräftemangel (digitale Bildung inkl. moderner Wissensvermittlung wie Augmented-Reality-Weiterbildung (AR) bspw. in der Automobil- und Flugzeugindustrie), bei fairen Wettbewerbsbedingungen auch für digitale Geschäftsmodelle (auf EU-Ebene hochaktuell), bei mehr privatem Kapital für Start-ups und einer verbesserten Ausgestaltung der Mitarbeiterkapitalbeteiligung (erst vor wenigen Monaten neu, jedoch unzureichend geregelt), bei einem besseren Zugang zu Daten (hier könnte der Staat als Positivbeispiel auch kurzfristig eine Führungsrolle einnehmen). Explizit gehört dazu auch die Neuaufstellung der „KfW als

Innovations- und Investitionsagentur“ sowie der SprinD, ohne damit jedoch Schattenhaushalte zu schaffen.

Etwaige Freihandelsabkommen mit den USA, den Mercosur-Staaten und anderen Nationen scheiterten bisher aufgrund der unrealistisch hohen Anforderungen der Europäischen Union an die Vertragspartner. Insbesondere die Erhöhung etwaiger ökologischer und sozialer Standards als Anforderung für ein Freihandelsabkommen mit der Europäischen Union werden, wie uns die letzten 20 Jahre gezeigt haben, ins Leere laufen. Die Europäische Union verliert somit weiter an handelspolitischem Einfluss und ökonomischer Macht.

7. Offensive für bezahlbares und nachhaltiges Bauen und Wohnen

- Verständigung auf eine **Wohnraumoffensive** (Ziel: 400.000 neue Wohnungen pro Jahr, davon 100.000 öffentlich geförderte Wohnungen)
- **Baubeschleunigung und Senkung der Baukosten** durch serielles Bauen, Digitalisierung, Entbürokratisierung und Standardisierung
- **Evaluierung der Mieterschutzregelungen und Verlängerung**
- Fortführung der finanziellen **Unterstützung des Bundes für den sozialen Wohnungsbau**, in diesem Zusammenhang auch mehr **Freiheiten für die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben**, so dass diese schneller selbst bauen kann
- **Einführung des Konstrukts einer „Wohngemeinnützigkeit“**
- **Versteuerungsnachweis für gewerbliche Immobilienkäufer aus dem Ausland**
- **Verbot des Erwerbs von Immobilien mit Bargeld**
- **Ermächtigung der Bundesländer zur flexibleren Gestaltung der Grunderwerbsteuer**
- **Schließen von steuerlichen Schlupflöchern beim Immobilienerwerb von Konzernen (Share Deals)**

WR: Wie wohl auf kaum einem anderen Politikfeld haben sich im Wahlkampf in der Bau- und Wohnungspolitik die diametralen Unterschiede zwischen SPD und Grünen auf der einen und der FDP auf der anderen Seite gezeigt. Wo rot und grün auf staatliche Lenkung, Begrenzung, Regulierung setzten, präferierte magenta die Kraft von Investitionen und Innovation. Vor dem Hintergrund dieser Gegensätzlichkeit zeigen die Eckpunkte, wie sehr rot und grün die bisherige Klassenkampfprogrammatik zurückstellen mussten, um die Freien Demokraten zur Zusammenarbeit zu bewegen. Gleichwohl finden sich einige Fallstricke, die sich vor allem für die öffentliche Haushalte als schwere Bürde erweisen könnten. So wird aller Voraussicht nach die grüne Kernforderung einer „neuen Wohngemeinnützigkeit“ Eingang in das Regierungsprogramm finden. Was auf den ersten Blick im sozialen Sinne gut klingt, kann bei genauerer Betrachtung genau das Gegenteil bewirken. Nicht umsonst wurde das Konstrukt der Gemeinnützigkeit für Wohnungsunternehmens vor 30 Jahren aufgrund der hohen Subventionsbedürftigkeit dieser Unternehmen abgeschafft und durch marktwirtschaftlich organisierte kommunale Eigenbetriebe ersetzt. Denn sind finanzschwache Kommunen nicht in der Lage, adäquate Zuschüsse zu leisten, wird dies zu Lasten der entsprechenden Wohnungsbestände gehen. Die Folge: Nur noch Haushalte ohne Alternativen werden diese Wohnungen mieten. Die Entwicklung neuer Problemviertel wäre vorprogrammiert.

9. Zukunftsinvestitionen und nachhaltige Staatsfinanzen

- **Absage an die Erhöhung von Einkommen-, Unternehmens- und Mehrwertsteuer sowie die Einführung neuer Substanzsteuern.**
- **Zukunftsinvestitionen sollen im Rahmen der Schuldenbremse bleiben**
- **Einführung von Superabschreibungen für Investitionen in Klimaschutz und Digitalisierung**

WR: Der Verzicht auf Steuerhöhungen bei Einkommen-, Unternehmens- und Mehrwertsteuer sowie die Einführung neuer Substanzsteuern ist grundsätzlich sehr positiv, auch wenn Steuerhöhungen nicht grundsätzlich ausgeschlossen werden. Auch zur vollständigen Soli-Abschaffung gibt es kein Bekenntnis. Es ist erfreulich, dass die Erhöhung der privaten Investitionen ausdrücklich auch als Ziel genannt wird und auch einige erste Anreize dafür (Superabschreibungen) mitgeliefert werden. Das Bekenntnis zur Schuldenbremse hat nur dann einen Wert, wenn es nicht durch die Einführung von öffentlichen Investitionsvehikeln und Schattenhaushalten unterlaufen wird.

10. Deutschlands Verantwortung für Europa und die Welt

- **Stabilitäts- und Wachstumspakt** soll Grundlage für Schuldentragfähigkeit bleiben.
- **Maßnahmen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit in allen EU-Mitgliedsstaaten** sollen unterstützt werden (das kann nur aus den entsprechenden Mitgliedstaaten selbst gelingen)

WR: Der Bezug auf den Stabilitätspakt ist erfreulich. Doch gerade das Herausstellen seiner bisherigen Flexibilität macht stutzig. Jedes Mal, wenn über nachhaltige Staatsfinanzen geschrieben wird, stehen sie gemeinsam in einer Aufzählung und auf gleicher Ebene wie klimafreundliche Investitionen. (Wachstumspakt soll Schuldentragfähigkeit erhalten und für klimafreundliche Investitionen sorgen, Europa soll auf Grundlage solider Staatsfinanzen aus der Pandemie herauskommen und das Ziel der Klimaneutralität erreichen sowie den Green Deal konsequent umsetzen). Das zeugt von einem klassischen Formelkompromiss. Diese Ziele könnten sich schnell als gegenläufig erweisen, was dann eine klare Entscheidung über die Priorisierung der politischen Ziele erfordern würde. Dass diese hier nicht erfolgt ist, spricht ebenso Bände wie die fehlende Absage zur Perpetuierung des EU-Wiederaufbaufonds (EU Next Generation) sowie irgendeinen Bezug zur Geldpolitik und Inflation.